



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Auswirkungen der direkten Demokratie auf religiöse Minderheiten

Danaci, D ; Christmann, A

Abstract: Eine Studie des politikwissenschaftlichen Instituts der Universität Bern fördert zutage, dass Effekte der direkten Demokratie minderheitenfeindlich sein können. Diese negativen Auswirkungen treten jedoch nur im Zusammenhang mit bestimmten religiösen Gruppen auf.

Other titles: Conséquences de la démocratie directe pour les minorités religieuses = Gli effetti della democrazia diretta sulle minoranze religiose

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-55177>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Danaci, D; Christmann, A (2011). Auswirkungen der direkten Demokratie auf religiöse Minderheiten. *Tangram*, (27):60-62.

Auswirkungen der direkten Demokratie auf religiöse Minderheiten

Deniz Danaci und Anna Christmann

Eine Studie des politikwissenschaftlichen Instituts der Universität Bern fördert zutage, dass Effekte der direkten Demokratie minderheitenfeindlich sein können. Diese negativen Auswirkungen treten jedoch nur im Zusammenhang mit bestimmten religiösen Gruppen auf.

Schattenseiten direktdemokratischer Systeme

Im Rahmen einer an der Universität Bern durchgeführten Studie¹, die Teil des Nationalen Forschungsprogramms NFP 58 war, wurden zunächst alle kantonalen Volksentscheide der letzten 50 Jahre analysiert, welche die Rechte religiöser Minderheiten betrafen. Als Erstes zeigte sich, dass alle 15 gefundenen Vorlagen einen Ausbau des Minderheitenschutzes vorsahen und dem Volk in Form von Referenden vorgelegt wurden. Volksinitiativen gab es keine. Zweitens stellte sich heraus, dass alle Vorlagen, die in den Augen der Öffentlichkeit (d.h. gemäss Zeitungsberichten) christliche oder jüdische Minderheiten betrafen, angenommen wurden, was die Mehrheit der Fälle betrifft. Derweil wurden Abstimmungen, in deren Vorfeld Muslime oder eingewanderte Christen als Nutzniesser im Zentrum der Aufmerksamkeit standen, abgelehnt. Auch Studien zum Thema «Einbürgerung» belegen, dass die (früher praktizierten) direktdemokratischen Entscheidungsprozesse im Vergleich zu Behördenentscheiden vor allem dann zu Lasten der Anwärtler ausfielen, wenn diese aus islamisch geprägten Ländern stammten.

Ähnliche Muster wie bei den Volksentscheiden liessen sich in parlamentarischen Debatten über die Regelungen zur staatlichen Anerkennung religiöser Gemeinschaften feststellen. Dabei traten beträchtliche Unterschiede zwischen den Kantonen auf. Die einen sind relativ liberal, was die Möglichkeit der Anerkennung angeht. In diesen Kanto-

nen können grundsätzlich alle Religionsgemeinschaften anerkannt werden, und die Hürden dazu sind tief. Andere Kantone sind oder waren bis vor kurzem restriktiv, was bedeutet, dass die Möglichkeit der staatlichen Anerkennung christlichen und jüdischen Gemeinschaften vorbehalten ist oder die Hürden hoch angesetzt sind.

Die Untersuchung zeigte des Weiteren auf, dass sich die kantonalen Repräsentanten für restriktive Regeln entschieden, wenn der Islam sowie die (möglicherweise) bevorstehende Volksabstimmung ein Thema in der parlamentarischen Debatte gewesen waren. Wurde lediglich über christliche oder jüdische Gruppen diskutiert oder spielte die Aussicht auf ein Referendum keine Rolle im parlamentarischen Prozess, fiel die Gesetzgebung liberal aus. Offenbar hat die direkte Demokratie auch hier nur dann negative Effekte, wenn muslimische Minderheiten im Mittelpunkt stehen.

Anzeichen einer fortgeschrittenen Integration der Juden

Im untersuchten Kontext scheinen jüdische (und christliche) Gemeinschaften in den letzten 50 Jahren kaum polarisiert zu haben, was höchstwahrscheinlich entscheidend für die ausbleibenden negativen Effekte der direkten Demokratie auf diese Gruppen war. Die Studie konnte jedoch auch aufzeigen, dass die Situation für die jüdischen Gemeinschaften Ende des 19. Jahrhunderts noch anders aussah. Bei Abstimmungen über die Niederlassungsfreiheit und das Schächtverbot wurde offen gegen Juden politisiert. Die ausbleibenden negativen Effekte direkter Demokratie in den letzten Jahren können hingegen als Hinweis auf eine fortgeschrittene Integration und Akzeptanz der Juden in der Schweiz gewertet werden.

Anders sieht die Lage aus, wenn man nicht die Haltung der politischen Akteure im Rahmen von Abstimmungskämpfen in jüngerer Zeit als Massstab nimmt, sondern die in Umfragen erhobenen Einstellungen der Schweizer gegenüber den Juden. Im Rahmen der Studie wurde untersucht, wie stark sich die Schweizer mit Juden, Muslimen und Christen identifizieren und wie stark sie die Rechte dieser Gruppen unterstützen. In Bezug auf beide Grössen zeigte sich, dass die Juden ähnlich schlecht abschneiden wie Muslime, derweil man Christen gegenüber deutlich aufgeschlossener ist. Mit anderen Worten: Es scheint in der Schweiz in gewissen Kreisen ein (latenter) Antisemitismus zu herrschen, der aber kaum in die Politik einzufließen scheint, womit heutzutage auch keine negativen Effekte der direkten Demokratie auf Juden feststellbar sind. Es gibt Hinweise darauf, dass Antisemitismus nicht unbedingt Ausdruck einer spezifischen Abneigung gegen Juden ist, sondern vielmehr einer generellen Intoleranz gegenüber dem Andersartigen entspringt.

Ambivalentes Bild der direkten Demokratie

Wird Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten durch direkte Demokratie also verschärft, oder schaffen direktdemokratische Abstimmungen vielmehr einen Raum für eine notwendige gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Minderheiten? Beides ist richtig. Die Abstimmungsergebnisse und die parlamentarischen Debatten der letzten 50 Jahre zeigen, dass die direkte Demokratie entweder eine Ausweitung von Rechten für religiöse Minderheiten verhindert oder Rechte aktiv eingeschränkt hat. Somit wurde einer gewissen Intoleranz Vorschub geleistet. Auf der anderen Seite zeigen die im Rahmen des Projekts durchgeführten Fallanalysen von lokalen «Moscheekonflikten» in der Schweiz und Deutschland, dass ein Ausschluss der Be-

völkerung beim Umgang mit lokalen Minderheitenanliegen gerade zu einer Politisierung von Konflikten führen kann. Fühlt sich die Bevölkerung in den politischen Prozess eingebunden, entsteht weniger das Gefühl, dass «die da oben» über das Zusammenleben mit in der Bevölkerung weniger beliebten Gruppen entscheiden. Die Integration der Bevölkerung in Debatten über die Rechte von Minderheiten scheint daher ratsam. Institutionelle Rahmenbedingungen, die ein Mindestmass an Grundrechten auch gegen einen Mehrheitswillen garantieren, scheinen dennoch angebracht, um diskriminierende Ergebnisse im Einzelfall zu korrigieren.

*Deniz Danaci und Anna Christmann arbeiten als Politikwissenschaftler an der Universität Bern.
deniz.danaci@ipw.unibe.ch, anna.christmann@ipw.unibe.ch*

¹ Adrian Vatter (Hrsg.), *Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie*, Zürich, NZZ-Verlag, 2011.

Conséquences de la démocratie directe pour les minorités religieuses

La démocratie directe aggrave-t-elle l'intolérance vis-à-vis des minorités religieuses ou les votations liées à la démocratie directe créent-elles au contraire un espace favorable au débat que la société doit mener sur la manière de traiter les minorités? Les deux sont vrais, comme le révèle une étude de l'Institut des sciences politiques de l'Université de Berne. L'analyse des résultats des votations et des débats dans les parlements cantonaux montre en effet que la démocratie directe a soit empêché d'étendre les droits des minorités religieuses, soit les a activement restreints. C'était notamment le cas lorsque des minorités musulmanes étaient en cause, ce qui a fait le lit d'une certaine intolérance. D'un autre côté, il ressort de l'analyse des cas de conflits liés aux mosquées en Suisse et en Allemagne, effectuée dans le cadre du projet, que le fait de tenir la population à l'écart des problèmes liés aux minorités locales peut entraîner une politisation des conflits. Il semble donc judicieux d'intégrer la population dans les débats sur les droits et devoirs des minorités. Il est toutefois conseillé de définir un cadre institutionnel garantissant un minimum de droits fondamentaux, même contre la volonté de la majorité, pour corriger de cas en cas le résultat discriminatoire de certains votes.

*Les politologues Deniz Danaci et Anna Christmann sont chargés de recherche à l'Université de Berne.
deniz.danaci@ipw.unibe.ch
anna.christmann@ipw.unibe.ch*

Gli effetti della democrazia diretta sulle minoranze religiose

La democrazia diretta esacerba l'intolleranza nei confronti delle minoranze religiose o spiana piuttosto la strada a un necessario dibattito sul rapporto con le minoranze? Da uno studio dell'Istituto di politologia dell'Università di Berna emerge che entrambe le affermazioni corrispondono al vero. I risultati delle votazioni e dei dibattiti parlamentari cantonali presi in esame dimostrano ad esempio che la democrazia diretta ha impedito che venissero ampliati o ha limitato attivamente i diritti delle minoranze religiose, in particolare quando al centro dell'attenzione si sono trovate le minoranze musulmane. Questo ha in un certo senso spalleggiato l'intolleranza.

D'altro canto le analisi dei «conflitti locali sulle moschee», effettuate nel quadro del progetto in Svizzera e in Germania, dimostrano che escludendo la popolazione dalle decisioni che concernono le minoranze locali si rischia di conferire un carattere politico ai conflitti. Sembra pertanto ragionevole integrare la popolazione nei dibattiti più delicati che concernono i diritti e i doveri delle minoranze. E concretamente, per correggere risultati elettorali discriminanti, può essere opportuno disporre di un quadro istituzionale che garantisca un minimo di diritti fondamentali anche contro la volontà di una maggioranza.

*Deniz Danaci e Anna Christmann lavorano come politologi all'Università di Berna.
deniz.danaci@ipw.unibe.ch
anna.christmann@ipw.unibe.ch*

